

26.10.2021

## Antrag

der Fraktion der AfD

### **Kritische Lage auf den Intensivstationen – Personalmangel als zentrales Problem im Gesundheitswesen.**

#### **I. Ausgangslage**

Aus einer aktuellen Umfrage der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (DGIIN) und der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) geht hervor, dass 37 Prozent der deutschen Intensivstationen dauerhaft ihre Intensivbetten sperren. Weitere 22 Prozent werden täglich gesperrt. Dies führt zumindest vorübergehend zu einer Einschränkung der Notfallversorgung und zum Verschieben von Operationen.<sup>1</sup> An dieser Umfrage haben sich 643 Intensivmediziner beteiligt. Insgesamt gibt es in Deutschland circa 1.700 Intensivstationen an etwa 1.300 Krankenhäusern. Die Hauptursache für die Bettensperrungen ist in 75 Prozent der Fälle ein Mangel an Pflegepersonal. In 66 Prozent der Fälle steht weniger Stammpersonal zur Verfügung. Dadurch hat in 43 Prozent der Fälle der Anteil der Zeitarbeiter auf den Intensivstationen zugenommen.<sup>2</sup>

Eine besonders verheerende Situation, im Hinblick auf die Krankenzahlen, welche sich einerseits nach wie vor durch die Corona Pandemie bedingten Fallzahlen, andererseits durch die gehäuften Grippefälle und andere Atemwegsinfektionen zusammensetzen. Die Aktivität der akuten Atemwegserkrankungen (ARE-Raten) liegen insgesamt sogar etwas höher als in den Vorsaisons um diese Zeit.

Im Nationalen Referenzzentrum (NRZ) für Influenzaviren wurden in der 41. KW 2021 in insgesamt 128 (73 %) der 176 eingesandten Sentinelproben respiratorische Viren identifiziert, darunter 59 (34 %) Proben mit Respiratorischen Synzytialviren, 49 (28 %) mit Rhinoviren, 19 (11 %) mit humanen saisonalen Coronaviren, 16 (9 %) mit Parainfluenzaviren, vier (2 %) mit SARS-CoV-2, drei (2 %) mit humanen Metapneumoviren und eine (0,6 %) Probe mit Influenza A(H3N2)-Viren.<sup>3</sup>

Eine Verknappung der Behandlungskapazitäten der Krankenhäuser führt somit flächendeckend zu einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung im gesamten Bundesgebiet, welche auf einen eklatanten Personalmangel im Gesundheitswesen zurückzuführen ist. Eine Umkehrung dieses Trends ist auch weiterhin nicht in Sicht; so geht aus aktuellen Hochrechnungen des Statistischen Bundesamts hervor, dass im Jahre 2025 voraussichtlich etwa

---

<sup>1</sup> <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/128191/Schon-heute-ein-Drittel-der-Betten-auf-Intensivstationen-gesperrt>

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> <https://influenza.rki.de/>

112.000 Pflegerinnen und Pfleger in Vollzeitstellung fehlen, um den Bedarf an professioneller Alten- und Krankenpflege in Deutschland decken zu können.<sup>4</sup> Es besteht daher ein dringender Handlungsbedarf in deutschen Krankenhäusern, dem Personalmangel in der Pflege mit geeigneten Konzepten entgegenzutreten.

Es sind allen voran die sozialen Aspekte des Berufsalltags des Pflegepersonals, welche gezielt verbessert werden müssen. Pflegekräfte brauchen genügend Zeit für die Betreuung der einzelnen Patienten, mehr Anerkennung, Mitarbeitergespräche und bessere Modelle der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch eine größere Wertschätzung, finanzielle Entlohnungen und berufliche Weiterbildungsmaßnahmen sind Aspekte, welche das Berufsbild des Pflegepersonals nachhaltig attraktiver gestalten können. Nicht erst die Covid-19 Pandemie hat verdeutlicht, dass die Pflegeberufe in hohem Maße systemrelevant sind.

Zwar wird seitens der Politik immer wieder in den Vordergrund gerückt, welche Art von Maßnahmen bereits stattgefunden haben, um die Pflegeberufe in ihrer Allgemeinheit zu stärken, jedoch verweist der aktuelle Trend darauf, dass diese Maßnahmen keinen Erfolg gebracht haben, sodass hier ein Umdenken stattfinden muss. Unabhängig der Implementierung einer Pflegekammer müssen nun neue Maßnahmen getroffen werden, um neues Pflegepersonal zu gewinnen und für bestehende Pflegefachkräfte Anreize zu schaffen, weiterhin in Ihrem Beruf tätig zu bleiben.

## **II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

1. einen „runden Tisch“ mit allen beteiligten Akteuren einzurichten, der sich intensiv mit Maßnahmen der Berufsattraktivität auseinandersetzt;
2. Ausbildungsprämien und Weiterbildungsstipendien zu prüfen und landesweit einzuführen;
3. neben dem Projekt „INTRO NW“ weitere Projekte und Fördermöglichkeiten zu prüfen, um einerseits den Pflegeberuf an sich attraktiver zu gestalten, andererseits jedoch bestehendes Pflegefachpersonal durch diverse Anreize im Beruf zu halten; insbesondere zu berücksichtigen sind hier die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen.

Dr. Martin Vincentz  
Markus Wagner  
Andreas Keith

und Fraktion

---

<sup>4</sup> Dtsch Arztebl 2011; 108(17): A-946 / B-778 / C-778